

Guten Tag Axel,

ich möchte den folgenden Notruf aus der Finanzverwaltung an die Linksfraktion richten: Die Kumpanei der Führungselite mit der Wirtschaft ist unerträglich: Der direkte Draht vom Unternehmer zum Finanzamtsvorsteher schützt vor der Steuerprüfung, Finanzbeamte mit Gerechtigkeitsinn haben bei ihrer Obrigkeit keine Rückendeckung mehr. Es geht nur noch um die Erledigung des Arbeitsvolumens, die Qualität der Arbeit ist ziemlich belanglos. Einige Beispiele:

Fall 1.) Der Vollzugsbeamte Emm hat einen Auftrag zur Steuereinzahlung beim Unternehmer Pee. Er zeigt seinen Auftrag vor und fordert zur Zahlung auf. Herr Pee reagiert empört und ungehalten, spricht negativ über Beamte im Allgemeinen. Er verweigert die Zahlung. Der Vollzugsbeamte Emm nimmt dies zur Kenntnis, kündigt die Kontopfändung bei seiner Bank an und geht. Auf Grund des Verhaltens des Unternehmers sucht Emm am nächsten Morgen das Gespräch mit dem Amtsvorsteher. Dieser ist offenbar bereits von Herrn Pee angerufen worden, denn der Vorsteher lässt den Vollzugsbeamten gar nicht erst zu Wort kommen und sagt: "Herr Emm, gestern haben Sie sich wohl etwas ungeschickt verhalten, wie?" Problem erledigt.

Fall 2.) Der etwa 40 Jahre alte Staatsanwalt Ess wohnt mit Hauptwohnsitz in Süddeutschland, ist aber seit ca. 5 Jahren in Sachsen-Anhalt berufstätig. Nach Aktenlage wohnt er mit Zweitwohnsitz (möbliertes Zimmer) im Harz, an den Wochenenden fährt er regelmäßig zu seinen Eltern nach Süddeutschland. Auf Grund des Alters, der Wohnumstände und der Entfernung ist der Sachverhalt prüfungswürdig, denn es geht um hohe Werbungskosten. Der Lohnsteuersachbearbeiter schreibt eine Rückfrage, bittet um Nachweise wie z.B. Fahrkostenbelege, Mietvertrag am Zweitwohnsitz usw. Die Rückfrage wird vom Vater des Herrn Ess beantwortet. Dieser weist auf seinen Status als pensionierter Finanzamtsvorsteher hin und auf den Schriftwechsel der Vorjahre. In den Vorjahren hat der Vater immer wieder auf seinen Status verwiesen und man möge doch die Glaubwürdigkeit seiner Aussagen nicht in Zweifel ziehen. Eine inhaltliche Prüfung hat nie stattgefunden. Der Fall wird einer Steuerfahnderin zur Prüfung vorgelegt. Diese bespricht den Fall mit dem Sachgebietsleiter. Ergebnis: Die Angaben werden für glaubwürdig erklärt, die Werbungskosten sind anzuerkennen.

Fall 3.) Die Steuerinspektorin Bee führt eine Betriebsprüfung bei einem niedergelassenen Arzt durch. In den Büchern hält sie eine Position für unglaubwürdig und will die Kosten nicht anerkennen. Der Steuerberater des Arztes ruft den Finanzamtsvorsteher an und beklagt sich darüber, dass die Inspektorin den Arzt der Lüge bezichtigt hätte. Daraufhin weist der Vorsteher die Sachgebietsleiterin der Frau Bee an, diese solle sich bei dem Arzt entschuldigen. Fall erledigt.

Der kürzlich in den Medien gemeldete Vorgang um den Agenten Mauss ist im Sinne dieser Beispiele plakativ. Leider sind diese Beispiele keine Einzelfälle, sie stehen vielmehr beispielhaft für den flächendeckenden engen Schulterschluss zwischen den Unternehmern und Steuerberatern einerseits und der Obrigkeit der Finanzverwaltung andererseits. Die im § 85 der Abgabenordnung geforderte gleichmäßige und gerechte Besteuerung hat keine nennenswerte Bedeutung mehr. Ein kurzes Telefonat mit den Vorgesetzten der Finanzbeamten genügt offenbar, um sich einer unangenehmen Steuer-

prüfung zu entziehen. Die Resignation der Beschäftigten in den Finanzämtern ist entsprechend groß, sehr viele Bedienstete haben die innere Kündigung ausgesprochen, auch wegen der hohen Arbeitsbelastung und der fehlenden beruflichen Perspektive. Weil Finanzbeamte sich nicht die eigene berufliche Zukunft verbauen und den täglichen Zwist mit den Vorgesetzten vermeiden wollen, gehen sie den bequemeren Weg und handeln wunschgemäß im Sinne der Lobbyisten und der Dienstvorgesetzten.

Ergänzend ein Hinweis auf den Aufsatz "Das Bermudadreieck: Lobbyismus – Länderfinanzausgleich – Finanzverwaltung." <http://www.memo.uni-bremen.de/docs/m2905.pdf>

In der Finanzverwaltung muss sich höchst dringlich etwas ändern, so wie es seit bereits vielen Jahren läuft, kann es nicht mehr lange gutgehen.

Eine Bitte zum Schluss: Behandeln Sie meine Identität in dieser Sache bitte vertraulich.

Mit freundlichem Gruß